

Beschluss

Grüner Wirtschaften für eine lebenswerte Zukunft

Wir sind überzeugt: Wir können besser wirtschaften. Wir können unser aller Lebensqualität verbessern, ohne dass unser Wohlstand auf Kosten der Umwelt, zukünftiger Generationen und ausgebeuteter Menschen geht – und ohne dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Deutschlands Wirtschaft ist im internationalen Vergleich relativ gut durch die Krisen der letzten Jahre gekommen. Viele Menschen sind zufrieden mit ihrem erwirtschafteten Lebensstandard und viele Unternehmen arbeiten erfolgreich und innovativ. Immer mehr sehen die Notwendigkeit, nachhaltiger zu wirtschaften, um auch in Zukunft gut leben zu können. Das sind gute Voraussetzungen, um die großen Herausforderungen mutig und optimistisch anzugehen.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wenn wir so weiter machen, benötigen wir im Jahr 2030 eine zweite Erde, um den Bedarf der Menschheit an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Eine verantwortungsvolle Politik muss zügig darauf reagieren, dass wir mit unserer Wirtschaftsweise und der menschengemachten Klimakrise an dem Ast sägen, auf dem wir alle sitzen. Eine gute Zukunft wird es nur dann geben, wenn unser Wirtschaften innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten stattfindet, wenn alle Menschen am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben können und unsere Lebensweise nicht mehr dazu führt, dass in anderen Teilen der Welt Menschen ausgebeutet werden und die Umwelt zerstört wird. Diese Herausforderungen sind unser Ansporn. Um sie zu meistern, ist eine bessere Wirtschaftspolitik unerlässlich.

Wir wollen eine ökologische und soziale Marktwirtschaft, die innovativ, fair und krisenfester ist, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht mehr gegen die Natur arbeitet. Zugegeben, das ist ein anspruchsvolles Ziel. Es gibt jene, die uns glauben machen wollen, es könne alles so bleiben wie es gerade ist, die Angst machen vor Veränderung. Andere wiederum finden, dass auch Veränderungen nichts bringen, alles sei so oder so dem Untergang geweiht.

Ängstlichkeit und Schwarzseherei sind nicht unsere Welt. Wir Grüne wissen, dass die Probleme groß sind – aber die Chancen auf eine Zukunft, in der auch unsere Kinder eine gesunde und intakte Natur vorfinden, sind noch größer. Wir können unseren Energieverbrauch zu 100% durch Wind, Sonne, Wasser und Biogas decken. Rohstoffe in einer effizienten Kreislaufwirtschaft lassen sich immer wieder neu verarbeiten und Lebensmittel so herstellen, dass Böden und Grundwasser nicht vergiftet und Tiere artgerecht behandelt werden. Wir sind überzeugt, dass wir so wirtschaften können, dass alle Menschen mehr Lebensqualität genießen können – und wir es dennoch schaffen, uns vom Zwang und den Folgen, in allen Bereichen immer mehr wachsen zu müssen, frei zu machen. Wir können eine Gesellschaft gestalten, in der die Kluft zwischen Arm und Reich wieder abnimmt und das Aufstiegsversprechen glaubwürdig erneuert wird. Wir können eine soziale Absicherung ermöglichen, die alle auffängt und dem demographischen Wandel standhält. Eine Weltwirtschaft, in der unser neues Handy nicht mehr mit Vergiftung und Ausbeutung in anderen Teilen der Welt erkaufte wird, ist möglich. Es geht auch darum, dass Primat der Politik zurückzuerobern und internationale Konzerne dazu zu verpflichten, sich an der Finanzierung des

Gemeinwesens zu beteiligen, so dass wir für einen Zugang zu guter Bildung für alle und eine fair finanzierte Infrastruktur sorgen können.

All das ist machbar. Es braucht dafür Vertrauen und den Mut, neue Wege zu gehen. Energiewende und Mindestlohn haben gezeigt, dass sich Beharrlichkeit und Courage auszahlen. Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben – diese Vision ist heute vielerorts schon Realität. Wir haben es geschafft, den Grundstein zur Energiewende zu legen durch jahrzehntelange beharrliche politische Arbeit, gemeinsam mit einer engagierten Bürgerschaft, Ingenieuren und Unternehmerinnen, die auf dem Feld der erneuerbaren Energien Pionierarbeit geleistet haben. Wir waren es, die mit als erste einen flächendeckenden Mindestlohn forderten – der heute Menschen vor Ausbeutung schützt, ohne die Wirtschaft aus dem Takt gebracht zu haben. Das zeigt uns: Wir können anders und besser, wir können grüner wirtschaften.

Das ist auch deshalb notwendig, da die Digitalisierung und die mit ihr einhergehende Vernetzung und Automatisierung als drei zeitgleich stattfindende Umbruchprozesse – ähnlich wie die industrielle Revolution – unsere Gesellschaft und Wirtschaft fundamental verändert. Bei allen Herausforderungen, die diese Umbruchprozesse für die soziale Marktwirtschaft mit sich bringt, sehen wir darin die Chance, neue Wege für eine ökologisch sensible Wirtschaftsweise einzuschlagen. Wir sehen an vielen Orten Geschäftsmodelle, die nachhaltig sind oder Schritt für Schritt nachhaltiger werden. Wir treffen innovative Unternehmer und Tüftlerinnen, deren Ideen Produkte und Dienstleistungen immer mehr vom Ressourcenverbrauch abkoppeln können, genauso wie Menschen, die sich in ihren Unternehmen erfolgreich für mehr Nachhaltigkeit einsetzen. Ihre Innovationen und Kreativität, ihre Bereitschaft, mit ihren Teams neue Wege zu gehen und dabei auch mal ein Scheitern in Kauf zu nehmen, brauchen wir, um die ökologischen Herausforderungen zu meistern. Andere testen neue Lebensweisen aus, wie wir im 21. Jahrhundert ein gutes Leben führen können – ohne Raubbau an Mensch und Natur und abseits der Fixierung auf immer mehr Wachstum.

Mit ihnen wollen wir uns gemeinsam auf den Weg machen. vielerorts tun wir das bereits. Grüne gestalten Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen, angefangen beim Gemeinderat, im Oberbürgermeisteramt, in den Wirtschaftsministerien in Hessen und Rheinland-Pfalz bis hin zum Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg. Wir zeigen dort jeden Tag, dass mit den richtigen Rahmenbedingungen aus Anfängen im Kleinen Erfolge im Großen werden können.

Die Große Koalition jedoch verharrt selbstgefällig im Status Quo. Auf die Klimakrise hat sie ebenso wenig eine Antwort wie auf die Ungerechtigkeit und mangelnde Chancengleichheit in unserem Land. Weder sorgt sie für fairen Wettbewerb noch schafft sie genügend Freiräume für Innovation. Anstatt die soliden Steuereinnahmen zu nutzen, gibt die Bundesregierung zu wenig für die Sanierung von maroden Brücken oder schnelles Internet aus. Anstatt sich für fairen Handel einzusetzen, setzt sie, ungeachtet der Proteste, unverändert auf TTIP. Diese Bundesregierung ist leider die Koalition des bloßen Verwaltens und großen Stillstandes.

Wir wollen einen Aufbruch für grüneres Wirtschaften und mehr Lebensqualität. Wir setzen dabei auf Ordnungspolitik mit klaren ökologischen und sozialen Leitplanken für Märkte, um die Natur vor Übernutzung und die Menschen vor Ausbeutung zu schützen. Die Politik muss Richtung und Ziel vorgeben, den Weg zu den besten Lösungen zu finden, ist Aufgabe der Unternehmen im fairen Wettbewerb.

Die Marktwirtschaft bietet ein großes Potenzial, um mit Kreativität und Wissen Innovationen voranzubringen. Damit am Markt aber die Ideen für mehr Lebensqualität erfolgreich sein können, muss Politik den Mut haben, Regeln auch gegen die Interessen einzelner Interessensgruppen durchzusetzen und Greenwashing zu entlarven. Der VW-Skandal zeigt, wie einige Zeilen Softwarecode, vorsätzlich und manipulativ eingesetzt, einen international tätigen Konzern in seinen Grundfesten erschüttern und den Industriestandort gefährden können, wenn, um sich einen

grünen Anstrich zu geben, betrogen und manipuliert wird statt auf grüne Technologien zu setzen. Dieser Skandal zeigt auch, dass die staatlichen Kontrollinstanzen personell, finanziell und rechtlich ausreichend ausgestattet werden und sich verstärkt um die Güte von Codes auseinandersetzen müssen. Quelloffene Codes (Open Source) sind zu fördern und vergaberechtlich zu bevorzugen, da diese von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren überprüft werden können. Wir sehen aber auch sehr deutlich, dass eine Kumpanei aus Staat und Wirtschaft genau der falsche Weg ist, denn wenn Politik nicht im Sinne des Gemeinwohls agiert, schadet das sowohl der Akzeptanz unserer Demokratie als auch der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Zudem hat die Finanzkrise deutlich gemacht, dass Märkte aus den Fugen geraten und irrational werden, wenn sie nicht vernünftig kontrolliert werden oder die Politik falsche Ziele formuliert. Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte, die mit großen sozialen Verwerfungen einhergehen können, sind die Folge. Ein aktives, stabilisierendes Eingreifen der öffentlichen Hand ist notwendig, damit Marktwirtschaft funktionieren kann.

Dazu gehören auch öffentliche Investitionen, die entsprechend finanziert werden müssen. Denn wirtschaftlicher Erfolg ist von öffentlichen Gütern abhängig, die Unternehmen nicht selbst schaffen können. Wer heute nicht in eine moderne Infrastruktur, in Klimaschutz, in bessere Bildung investiert, der hinterlässt unseren Kindern kein tragfähiges wirtschaftliches Fundament. Doch die Große Koalition schafft es trotz einer guten Haushaltslage und sprudelnder Steuereinnahmen nicht voranzukommen. Wir setzen darauf, heute die Voraussetzungen zu schaffen für die Lebensqualität von morgen. Wir wollen eine grüne Zukunftsoffensive, um die soziale und ökologische Modernisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Dazu gehört auch, dass private Unternehmen wieder mehr investieren sollten statt ihre Investitionen wie in den letzten Jahren geschehen weiter zurückzufahren.

Wirtschaftspolitik kann heute nicht mehr national gestaltet werden. Weltweite Bodendegradation, Überfischung der Weltmeere oder auch der drohende Klimakollaps stellen sich als großes ökologisches, ökonomisches und soziales Problem für alle Länder dar. Die globalen Finanzmärkte sind in einer gefährlichen Schieflage. Überschüssiges Kapital, hohe Verschuldung und zu geringe Investitionen sind ein erhebliches Risiko für die Stabilität der Weltwirtschaft. Wenn wir das angehen und die großen Herausforderungen wie die Globalisierung oder die Digitalisierung gestalten wollen, brauchen wir eine europäisch abgestimmte Wirtschaftspolitik und eine stärkere internationale Zusammenarbeit. Doch Europa kann nur dann wieder Leuchtkraft entwickeln, wenn es seine eigenen Probleme in den Griff bekommt. Daher haben wir auf unserem Länderrat im Frühjahr 2015 in Berlin einen Green New Deal für Europa gefordert, der die tiefe ökologische, ökonomische und soziale Krise, in der unser Kontinent steckt, aktiv angeht.

Die Herausforderungen sind groß. Wir wollen die Wirtschaft voranbringen im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft, durch faire Regeln und ökologische Vorgaben. Mit mehr Vertrauen in die Kreativität von Ingenieurinnen und Tüftlern, durch Förderung von Technologien und Wissen, durch Zukunftsinvestitionen, und auch im Konflikt mit Lobbyist*innen von Industrien, die sich einer nachhaltigen Entwicklung verweigern. Wir wissen, dass diese Veränderungen mit Anstrengungen und Unsicherheiten verbunden sind. Es ist uns bewusst, dass nicht alles sofort umsetzbar ist. Doch Richtung und Ziel müssen stimmen, verbindlich und verlässlich. Wir können und werden umsteuern. Wir wollen anders wirtschaften – wir wollen grüner wirtschaften für eine lebenswerte Zukunft.

1. Grünes Wirtschaften ist ökologisch

Wir wollen eine Wirtschaft, die ökologisch nachhaltig produziert, die Umwelt und das Klima schont. Dafür ist es notwendig, Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig zu dekarbonisieren und die Überlastung von Böden, Trinkwasser und Meeren und die Vergiftung unserer

Umwelt durch Plastik und Chemikalien zu stoppen. Die planetaren Grenzen nicht zu überschreiten, wird nur gelingen, wenn wir die Art, wie wir uns fortbewegen, ernähren und produzieren ökologisch modernisieren. Daran müssen wir die Wirtschaftspolitik ausrichten, so dass Kosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden, nicht weiter vergemeinschaftet werden. Durch ehrgeizige, planbare und langfristig verlässliche Vorgaben wollen wir für die Wirtschaft und mit den Unternehmen einen Pfad in eine ökologisch saubere und sozial verträgliche Zukunft ebnen. Die ökologische Modernisierung der deutschen Wirtschaft kann gerade auch aufgrund der starken industriellen Basis zu einem Vorzeigeprojekt werden, das den Weg hin zu einer klimaneutralen Weltwirtschaft weist. Mit der Energiewende haben wir gezeigt, dass ein solches Projekt neue wirtschaftliche Dynamik entfacht und zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft. Mit einer Mobilitätswende, die auf eine Stärkung von ÖPNV, Fahrrad und Bahn und den zügigen Übergang zur E-Mobilität setzt, und mit einer Agrarwende, die aus der Gentechnik und der industriellen Massentierhaltung aussteigt, wollen wir diesen Weg weitergehen.

Wirtschaftspolitik auf Wohlstand und Lebensqualität ausrichten

Das aktuelle Wirtschaftssystem ist darauf angelegt, immer mehr zu wachsen. Obwohl dieses Wachstum häufig auf Kosten von Mensch und Umwelt vorangetrieben wird, wird es von anderen Parteien nicht hinterfragt. Wohlstand wie Lebensqualität einerseits und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) andererseits sind jedoch verschiedene Dinge – manchmal stehen sie sogar im Widerspruch zueinander. Das Wirtschaftssystem muss deshalb verändert werden, damit eine nachhaltige Entwicklung möglich wird. Manche meinen deshalb, man müsse auf Nullwachstum oder Schrumpfung setzen. Andere meinen, man könne weitermachen wie bisher so lange grüne Technologien genutzt werden. Beide Ansichten teilen wir nicht, denn nur durch eine doppelte Entkopplung kann es gelingen, nachhaltig zu wirtschaften: Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch absolut entkoppelt werden – und Wohlstand wie Lebensqualität vom Wachstum. Außerdem braucht es soziale Innovationen, strukturelle Veränderungen und die Förderung nachhaltiger Konsumweisen. Hierzu gehören auch Suffizienzstrategien und konsumfreie Räume wie bspw. den verkaufsfreien Sonntag. Klar ist dabei, dass wichtige Bereiche weiterhin wachsen müssen und wir denjenigen auf der Welt, die heute in Armut leben, das Streben nach Wohlstand und Lebensqualität nicht absprechen können.

Es gibt viele, die sich über eine andere Wirtschaftsweise und die ökologische Transformation Gedanken machen, andere Formen des Wirtschaftens vordenken und ganz praktisch vorantreiben – auch weil sich für die kommenden Jahre weiter sinkende Wachstumsraten abzeichnen und sich die Frage stellt, wie wir in einer Phase niedrigerer Wachstumsraten, Problemen bei Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit oder sozialer Sicherung vorbeugen können. Mit ihnen zusammen wollen wir an einer Wirtschaftsweise von morgen arbeiten, die Lebensqualität aller erhöht, indem sie innerhalb der ökologischen Grenzen unseren Planeten wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe für alle ermöglicht. Dazu müssen wir uns mit klugen Schritten vom Zwang, wachsen zu müssen, lösen: Als Alternative zum Jahreswirtschaftsbericht, der auf das Bruttoinlandsprodukt fixiert ist, erstellen wir dafür einen Jahreswohlstandsbericht, der zusätzlich zum BIP auch Indikatoren zur ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Dimension einbezieht. Außerdem wollen wir prüfungspflichtige Unternehmen verpflichten, in ihrem Jahresabschluss neben finanziellen Indikatoren auch definierte nicht-finanzielle Indikatoren aufzuführen; diese könnten zum Beispiel CO₂-Emissionen und Einhaltung von Arbeitsnormen beinhalten.

Die Industrielandschaft begrünen

Deutschland ist zwar ein erfolgreiches Industrieland, der Ressourcenverbrauch jedoch ist alles andere als nachhaltig. Das traditionelle Industriemodell mit seinem gigantischen Energie- und Rohstoffverbrauch und seinen immensen Emissionen ist nicht zukunftsfähig. Grüne Industriepolitik setzt auf eine ökologische Modernisierungsoffensive für die Industrie und ein bundeswei-

tes Klimaschutzgesetz, das konkrete Einsparziele formuliert. Das gilt insbesondere für die sechs Schlüsselindustrien Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik, Automobil, Mobilität sowie die digitale Wirtschaft.

Wir stehen mit den Unternehmen und Beschäftigten dieser Branchen in engem Austausch, um ambitionierte, aber machbare Ziele sowie Rahmenbedingungen und klare Leitplanken zu erarbeiten. Dazu gehört für uns, den Übergang in die Elektromobilität durch ein Marktanreizprogramm, den Ausbau der Ladeinfrastruktur und ambitionierte europäische CO₂-Grenzwerte aber auch eine Diversifizierung der Verkehrsmittel zu unterstützen, die Entwicklung umweltverträglicher Kunststoffe zu fördern, um zukünftig auf schmutziges Erdöl und Plastik Kunststoffe verzichten zu können und noch stärker auf Energieeffizienz in der Produktion zu setzen. Durch ein Top-Runner-Programm wollen wir ökologische Innovationen unterstützen. Dabei gibt das umweltverträglichste und effizienteste Produkt den Standard vor, den andere nach einer bestimmten Frist erreichen müssen, wenn sie auf dem Markt bleiben wollen. Wir wollen erreichen, dass Material- und Rohstoffeffizienz an erster Stelle steht und dafür Anreize geschaffen werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass für Produkte und Produktionsverfahren vollständige Kreisläufe entwickelt und umgesetzt werden. Umweltbelastungen wollen wir durch strenge Grenzwerte auf ein Minimum zurückfahren. Die EU-Chemikalienverordnung REACH wollen wir so verbessern, dass nur unbedenkliche Chemikalien auf den Markt kommen und gefährliche Stoffe durch unbedenkliche ersetzt werden.

Mit Preisen die ökologische Wahrheit sagen

Damit Unternehmen stärker in die ökologische Modernisierung investieren, brauchen sie Planungssicherheit und eine klare Perspektive. Der Staat muss verhindern, dass jene, die die Umwelt schützen und nachhaltig wirtschaften, die Dummen sind. Deshalb setzen wir auf das einfache Prinzip der ökologischen Finanzreform: Preise müssen immer mehr die ökologische Wahrheit sagen. So wird der Wettbewerb als „Herzstück der Marktwirtschaft“ ein Wettstreit um die beste ökologische Lösung. Dieses einfache, nachvollziehbare Prinzip wollen wir nach und nach zum grundlegenden Bestandteil unserer Wirtschaftsweise machen. Ökologisch ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Konkret wollen wir umweltschädliche Subventionen wie die Privilegierung schwerer Dienstwagen, ungerechtfertigte Ausnahmen bei Energiesteuern und die steuerliche Begünstigung von Flugbenzin, Heizstoffen und Diesel schrittweise abbauen. Wir wollen den Emissionshandel auf europäischer Ebene endlich scharf stellen und CO₂-Mindestpreise einführen.

Preise, die zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, helfen in vielen Bereichen mittel- und langfristig die Geldbeutel der privaten Haushalte zu schonen. So sparen z.B. langlebigere und reparaturfreundliche Geräte Geld, indem sie kurzlebige Wegwerfprodukte ersetzen oder effiziente klimafreundliche Heizungen schützen vor stark schwankenden Energiepreisen. Doch zur Ehrlichkeit gehört auch, dass Preise, die die ökologische Wahrheit sagen, zur Verteuerung führen können, die wir sozial abfedern wollen. Um insbesondere kleine und mittlere Einkommen bei der Umstellung nicht zu überfordern, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der Internalisierung externer Kosten im Sinne einer doppelten Dividende nutzen, um soziale Schieflagen zu vermeiden.

Divestment: Raus aus fossilen Investitionen

Die Finanzmärkte sind zentral für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Noch fließt zu viel Geld in fossile Industrien. Insgesamt haben alle Öl-, Gas- und Kohlekonzerne einen Börsenwert von fast fünf Billionen US-Dollar. Doch das langfristige finanzielle Risiko fossiler Investitionen ist gewaltig. Eine vernünftige Klima- und Energiepolitik wird dazu führen, dass Investitionen in fossile Industrien mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Aber dort, wo eine Tür zugeht, gehen mit der ökologischen Modernisierung neue Türen auf – mit Investitionschancen, die nach-

haltig Rendite versprechen. Das lässt sich auch vor Ort umsetzen, wie die Stadt Münster gezeigt hat. Als erste Kommune hat sie beschlossen, nicht mehr auf fossile Anlagen zu setzen.

Wir fordern Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher, damit diese sehen können, ob Aktiengesellschaften, Fonds, Versicherungen und Stiftungen ihr Geld verantwortungsbewusst in nachhaltige Investitionen stecken. Daher wollen wir ökologische und soziale Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel für nachhaltige Geldanlagen einführen.

Energiewende erfolgreich fortführen

Wir Grüne haben die Energiewende erfolgreich auf den Weg gebracht. Die erneuerbaren Energien decken dank des unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführten EEG heute schon knapp ein Drittel unseres Strombedarfs und hat mit dezentraler Bürgerenergie frischen Wind in den Wettbewerb auf dem Strommarkt gebracht. Bundeskanzlerin Merkel redet zwar von der Energiewende, hält aber gleichzeitig schützend ihre Hände über Konzerne, die weiter ein klima- und wettbewerbsfeindliches Geschäftsmodell betreiben.

Wir wollen möglichst schnell 100% erneuerbare Energien im Strommarkt. Statt der von der Bundesregierung geplanten Deckelung für erneuerbare Energien wollen wir ihren Ausbau mit einem weiter entwickelten EEG zügig fortsetzen und die Energiewende zu einem gesellschaftlich und wirtschaftlich attraktiven, international nachahmenswerten Modell machen. Die EEG-Umlage enthält Forschungs- und Entwicklungskosten der erneuerbaren Energien. Doch die Entwicklung der EEG-Umlage ist ohnehin ein schlechter Indikator für die Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren. Denn durch die massiven Überkapazitäten fossiler Kraftwerke sinkt der Preis an der Strombörse, und die überbordenden Industrieprivilegien belasten private Verbraucher*innen, Gewerbe, Handwerk und Kleinbetriebe. Deshalb wollen wir die Kohleverstromung durch regulatorische Maßnahmen deutlich einschränken und die Industrieprivilegien auf ein angemessenes Maß zurückführen. Außerdem erzielen wir durch die Beseitigung ökologisch schädlicher Subventionen eine Lenkungswirkung bei den fossilen Energien. Um das für die Verbraucher*innen beitragsneutral zu halten, wollen wir in den entsprechenden Sektoren Rückvergütungsmechanismen z.B. für eine nachhaltige Mobilität erarbeiten.

Um die Wirtschaft im Bereich Wärmeproduktion und Mobilität zu Partnern der Energiewende zu machen, sprechen wir uns dafür aus, dass Erneuerbarer Strom bei Netzengpässen nicht mehr abgeregelt, sondern genutzt wird. Diesen Verbrauch wollen wir nicht mit Abgaben und Steuern belasten. Das bietet für alle flexiblen Prozesse und Speicher einen hohen Anreiz und entlastet die Netzentgelte. So wollen wir Deutschland gemeinsam mit der Wirtschaft zum Weltmarktführer in Speicher- und Lastmanagementtechnologien machen. Vor allem aber brauchen wir ein Ende des Abbaggers ganzer Landstriche durch Tagebau und das Verstromen der klimaschädlichsten Form der Stromerzeugung: Kohle. Wir wollen deshalb den Kohleausstieg mit dem Instrument eines CO₂-Grenzwertmodells einleiten und damit auch die Chance nutzen, den notwendigen Strukturwandel in den betroffenen Regionen aktiv zu gestalten. So können wir auch dort mit Grünen Ideen eine langfristige Perspektive eröffnen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Mit Kreislaufwirtschaft und Zero Waste unsere Ressourcen schonen

Der beste Abfall ist der, der nicht entsteht. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, in der Material- und Rohstoffeffizienz an erster Stelle stehen und in der alle Rohstoffe immer wieder neu verarbeitet und nicht auf einer Deponie landen, in Entwicklungs- und Schwellenländer exportiert oder verbrannt werden, wo sie erhebliche Schäden an Mensch und Natur verursachen. Wir setzen uns für echte Kreislaufwirtschaft mit dem perspektivischen Ziel von „Zero Waste“ ein und wollen den Rohstoffschatz, der im vermeintlichen Müll schlummert, heben. Wir wollen deshalb ein Wertstoffgesetz, durch das Herstellern von Produkten und Verpackungen eine ökologische Produkt-

verantwortung zukommt, indem ambitionierte, aber machbare Recyclingziele sowie Ziele zur Material- und Rohstoffeffizienz eingeführt werden.

Wir wollen einen „Recycling-Dialog“ mit Industrie, Verbraucher- und Umweltverbänden sowie der Abfallwirtschaft ins Leben rufen, um gemeinsam ambitioniertere Standards in Bezug auf weniger Rohstoffeinsatz und mehr Recycling zu entwickeln und Anreize für die Verwendung von Recyclingmaterialien zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rohstoffpreise die sozialen und ökologischen Folgekosten der Rohstoffgewinnung und ihrer Verwertung am Ende des Produktlebenszyklus gegenüber den Verbraucher*innen ehrlich abbilden. So wird Ökologie zum Wettbewerbsvorteil: Wer weniger Rohstoffe verbraucht oder Recyclingmaterial anstatt Primärmaterial einsetzt, spart Geld. Damit der gesamte (Sekundär)-Rohstoffschatz gehoben werden kann, setzen wir uns außerdem dafür ein, dass für gewerbliche Abfälle und Bauabfälle die gleichen ökologischen Anforderungen gelten wie für die Hausmüllsammlung und -verwertung. Zur Kreislaufwirtschaft gehört selbstverständlich auch Verpflichtung der Industrie auf die Langlebigkeit und Reparierbarkeit der Produkte sowie der Austauschbarkeit der einzelnen Komponenten, um der zunehmenden Tendenz zum geplanten Verschleiß, Einhalt zu gebieten.

Gebäudesanierung zum grünen Jobmotor machen

Selten gehen Klimaschutz und die Schaffung neuer Arbeitsplätze so gut Hand in Hand wie bei der energetischen Sanierung. Energieeffizienter Wohnraum ist ein elementarer Baustein für die Energiewende und das Erreichen der Klimaziele in Deutschland. Sie bietet zudem große Chancen für den Arbeitsmarkt – vom Handwerk vor Ort über die Bauunternehmen bis hin zur Forschung und der Industrie. Hierzu gehören z.B. erneuerbare Wärme, Kraft-Wärme-Kopplung, intelligente Heizsysteme oder die Wärmerückgewinnung bis hin zur Nutzung ökologischer Dämmstoffe. Dabei lohnen sich öffentliche Investitionen: jeder Förder-Euro, der investiert wird, löst private Investitionen von bis zu acht Euro aus.

Wir dringen darauf, dass die Bundesregierung eine wirksame steuerliche Förderung der energetischen Modernisierung einführt und einen Energiesparfonds über drei Milliarden Euro auflegt, damit die energetische Sanierung sozialverträglich umgesetzt wird. Unser Ziel ist die warmmietenneutrale energetische Sanierung. Deswegen muss die Modernisierungsumlage deutlich gesenkt und auf energetische Sanierung und den altersgerechten Umbau beschränkt werden. Gleichzeitig wollen wir eine Kappungsgrenze, die den Maximalbetrag für die Umlage begrenzt. Damit wollen wir Luxussanierungen zur Verdrängung von Mieter*innen verhindern. Und wir wollen ein Klimawohngeld, damit auch Wohngeldempfänger*innen sich energetisch sanierte Wohnungen leisten können.

Green by IT

Für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft ist der digitale Wandel eine große Chance. In den Fabriken von morgen sind große Produktivitätssprünge möglich, die mit einer Einsparung von Ressourcen und fossilen Rohstoffen einhergehen. Durch digitale Datenverarbeitung lassen sich Prozessschritte einsparen, Energiefresser beseitigen und Wertschöpfungsketten ressourcensparend optimieren. Da Effizienz- und Effektivitätssteigerungen im Zuge der Digitalisierung keine Selbstläufer sind, wollen wir sie durch eine Förderung an der richtigen Stelle unterstützen. Tüftler*innen und Start-ups brauchen eine offene Umgebung, daher treten wir für offene Standards, offene Schnittstellen, Open Source, Open Data und freie Lizenzen ein. Dies befördert Innovationen und Nachhaltigkeit. Wir wollen an Hand der Offenheit sowohl die Förderpolitik der öffentlichen Hand ausrichten, als auch qualitativ einen Unterschied machen, denn Offenheit ermöglicht eine bessere Qualitätskontrolle als abgeschlossene und proprietäre Systeme. Außerdem wollen wir insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen durch öffentlich geförderte Forschung zeigen, wie Ressourcen in der intelligenten Fabrik besser genutzt werden können.

Auch die IT selbst muss grüner werden. Hersteller wollen wir deshalb verpflichten, Ersatzteile für mindestens fünf Jahre zur Verfügung zu stellen und Batterien und Akkumulatoren so einzubauen, dass sie von der/dem Endnutzer*in zu entnehmen und damit austauschbar sind. Garantieregelungen wollen wir ausweiten.

2. Grünes Wirtschaften ist innovativ

Wir wollen eine Wirtschaft, die Innovationen für den ökologisch-sozialen Wandel nutzt. Wir sehen in der Digitalisierung einen potenziellen Katalysator für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und neue soziale Teilhabe. Deswegen sind Forschung, Wissenschaft und ein funktionierendes Innovationssystem für uns Garanten einer nachhaltigen Zukunft. Auch wenn viele Innovationen erst durch Anreize der öffentlichen Hand angestoßen werden, sind wir bei allen großen Herausforderungen auf Unternehmergeist und Kreativität, das Wissen und die Potenziale von Forschung und Entwicklung angewiesen. Bei allen Erwartungen, die mit neuen Technologien verbunden sind, verlieren wir nicht die Herausforderungen aus dem Blick, die der digitale Wandel insbesondere für die Arbeitswelt und die Privatsphäre mit sich bringt.

In eine zukunftsfähige Infrastruktur investieren

Damit die Unternehmen auch in Zukunft gute Wettbewerbsbedingungen vorfinden, wollen wir, dass der Staat seine Investitionslücken schließt und die Infrastruktur für die Informations-, Wissens- und Mobilitätswelt des 21. Jahrhunderts schafft. Wir wollen das öffentliche Verkehrsnetz als Ausgangspunkt für vernetzte Mobilität ausbauen und den Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und Schienen auflösen. Vor allem wollen wir in kluge Köpfe investieren, mit guter Kinderbetreuung, gezielten Weiterbildungsangeboten und starken Hochschulen. Insbesondere brauchen wir zukunftsfähige Internetanschlüsse über Glasfaser zu allen Menschen in unserem Land, bis zu jedem Bauernhof. Es geht um eine echte Verbesserung für die Menschen, egal ob in der Stadt oder im ländlichen Raum. Wir wollen die Zukunftsfähigkeit der eingesetzten Technologie gewährleisten und fairen und ehrlichen Wettbewerb sicherstellen. Damit befördern wir Teilhabe für alle Menschen, schaffen neue wirtschaftliche Potentiale, insbesondere für den Mittelstand im ländlichen Raum.

Um den Ausbau modernster Glasfaserinfrastruktur bundesweit voranzutreiben, wollen wir eine Breitbandgesellschaft gründen. Die Gesellschaft soll das Netz passiv betreiben, also nicht selber im Endkundengeschäft tätig werden, sondern sich auf Planungs- und Tiefbauarbeiten wie auch die Verlegung der Glasfaserkabel konzentrieren. Einzelne Anbieter können dann national wie regional ihre Technik-Infrastruktur und Angebote darauf aufbauen. Damit erreichen wir das Ziel eines umfassenden und leistungsstarken Glasfasernetzes, statt eines Flickenteppichs. Um zum Start die Breitbandgesellschaft finanziell mit dem notwendigen Gewicht auszustatten, schlagen wir einen Vermögenstausch mit den Telekomaktien vor. So werden 10 Milliarden Euro an Aktienvermögen umgewandelt in Infrastrukturvermögen des Bundes. Die konkrete weitere Ausgestaltung, wollen wir in den kommenden Monaten gemeinsam voranbringen. Wichtig ist uns, dass die bestehenden großen Anbieter sich nicht auf die Ballungsräume konzentrieren und Monopolrenditen erwirtschaften, während der Staat die Kosten in den ländlichen Regionen trägt. Sollte der Ausbau in diesem Sinne nicht vorankommen, bleibt es für uns eine Option, eine Basisversorgung für alle Menschen über einen verpflichtenden Universaldienst sicherzustellen, ähnlich wie bei der Postzustellung. Die Geschwindigkeit würde dynamisch dem entsprechen, was die Mehrheit der Endkunden bereits nutzen kann. Dieser Universaldienst könnte durch einen Unternehmensfonds finanziert und organisiert werden.

Forschung in Hochschulen und Mittelstand stärken

Ob Internet, GPS oder Halbleitertechnik – es waren staatliche Universitäten, die diese bahnbrechenden Technologien entwickelt haben. Ohne öffentlich finanzierte Forschung hätten weder Konzerne wie Apple, Google oder SAP noch Industrie 4.0-Vorreiter wie Bosch oder Siemens ihre Geschäftsmodelle zum Erfolg führen können. Umso fataler ist es, dass die Große Koalition so wenig für Forschung ausgibt. Mit einem Modernisierungsprogramm wollen wir unsere Hochschulen bis 2020 wieder auf die Höhe der Zeit bringen.

Neben der Projektförderung wollen wir Forschungsaktivitäten in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auch steuerlich anreizen, um das kreative Potenzial und den Erfindergeist dort noch stärker zu mobilisieren. Die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von KMU sollen dafür durch eine Steuergutschrift von 15% gefördert werden. Auch mit einer klaren Ausrichtung der öffentlichen Vergabe auf innovative und ökologische Beschaffungskriterien kann die Markterschließung für nachhaltige Produkte gezielt vorangebracht werden.

Gründerinnen und Gründern den Rücken freihalten

Gründerinnen und Gründer sind wichtige Treiber für ökologische und soziale Innovationen. Ein wichtiger Ansatzpunkt für ihre Unterstützung sind bessere Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere für innovative Start-ups. Ihnen fehlt es oft an Förderinstrumenten, die nicht nur einseitig auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet sind, sondern auch gesellschaftlichen Nutzen als Ziel formulieren. Auch wollen wir die Eigenkapitalkultur in Deutschland gezielt fördern. Eigenkapital soll für Unternehmen attraktiver werden. Daher wollen wir zum Beispiel die steuerliche Subventionierung von Fremdkapital vor Eigenkapital abschaffen. Wir wollen Venture Capital gezielt fördern. Unter anderem wollen wir Verbesserungen prüfen, damit Bürgerinnen und Bürger kostengünstiger und effizienter in Eigenkapital investieren können. Schweden zeigt, wie man beispielsweise mit einem Bürger*innenfonds das Land in Europa mit der erfolgreichsten Gründer*innenszene werden kann. Des Weiteren sollen unter bestimmten Bedingungen, wie Unternehmensfortführung oder Arbeitsplatzertret, die aufgelaufenen Forschungs- und Entwicklungskosten auch bei Hereinnahmen weiterer Investor*innen als Verlustvortrag angerechnet werden können. Die Regelung muss missbrauchsresistent und gegenfinanziert sein.

Ein weiteres wichtiges Hemmnis für Gründungen sind Existenzsorgen aufgrund einer schlechten sozialen Absicherung. Dadurch entstehen für viele prekäre Verhältnisse, die nicht tragbar sind und den Mut zu Gründungen bereits im Keim ersticken. Deshalb arbeiten wir einerseits an einem besseren Zugang zu den Sozialversicherungssystemen für Selbstständige, andererseits wollen wir Konzepte erarbeiten, die in der Anfangsphase der Selbstständigkeit und insbesondere bei Start-ups mehr soziale Absicherung und mehr Flexibilität als heute ermöglichen und den Mut zu Gründungen fördern. Dabei wollen wir sicherstellen, dass weder die öffentlichen Kosten noch der bürokratische Aufwand für die Gründerinnen und Gründer und ihre Mitarbeiter unverhältnismäßig hoch sind.

Damit sich Gründer*innen leichter am Markt etablieren können, wollen wir den bürokratischen Aufwand senken. Eine einzige Anlaufstelle (One-Stop-Shop) würde ihre Situation deutlich verbessern. Hier sollen sämtliche Beratungsleistungen und bürokratische Anforderungen abwickelt werden, damit sie nicht im Behördenschlingel aufgehalten werden. Außerdem wollen wir eine neue Gründungskultur fördern. Unternehmensgründungen sind immer mit Risiko verbunden. Auch eine gescheiterte Gründung sollte Wertschätzung erfahren können. Dazu können auch Kultur- und Gründungszentren in den Städten und auf dem Land beitragen.

Update: Mittelstand 4.0

Eine Reihe von Unternehmen hat die Herausforderung und das Potential der Digitalisierung klar erkannt, arbeitet an neuen Geschäftsmodellen und investiert massiv in den digitalen Wandel. Wir wollen auch kleine und mittlere Unternehmen auf diesem Weg mitnehmen und die Digitalisie-

rung in die gesamte Breite der deutschen Unternehmen bringen. Dabei geht es vor allem darum, den Mittelstand zu befähigen, das eigene Geschäftsmodell zu hinterfragen und im Hinblick auf die Digitalisierung weiterzuentwickeln oder zu verändern. Wir wollen diese Unternehmen mit Hilfe der angewandten Forschung bei der Erschließung und Anwendung der wichtigsten Technologien der Digitalisierung unterstützen. Auf Feldern wie Datensicherheit und Datenschutz, Cloudcomputing oder Smart Data sollen die Entwicklungsmöglichkeiten des digitalen Wandels modellhaft verdeutlicht und dadurch zum Handeln befähigt werden.

Bereits heute lassen größere Unternehmen ihre Software von externen Sicherheitsexperten auditieren, um den Programmcode auf mögliche Sicherheitslücken zu prüfen. Diese Prüfungen sind jedoch sehr kostspielig, was gerade viele kleine und mittlere Unternehmen vor Herausforderungen stellt. Wir wollen deshalb, dass eine langfristige Strategie zur Prüfung und Sicherstellung von Bausteinen einer sicheren Hard- und Softwareinfrastruktur auf der Grundlage etwa von Open-Source-Elementen (offene und überprüfbare Quelltexte) erarbeitet und umgesetzt wird, beispielsweise durch die Finanzierung von regelmäßigen und unabhängigen Überprüfungen von sicherheitsrelevanter Software. Auch sollen quelloffene Codes (Open Source) vergaberechtlich bevorzugt werden, da diese von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren überprüft werden können.

Teilen mehr Raum geben

Mit der Digitalisierung erfährt die Idee, Dinge zu teilen, beachtlichen Auftrieb. Digitale Flohmärkte, Car-Sharing-Systeme, Kleidertauschbörsen oder Leihplattformen vermehren sich stetig. Wir sehen darin ökologisch wie auch sozial einen großen (Mehr-)Wert, wenn dadurch Ressourcen gespart und der Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher vereinfacht wird. Wir wollen diese Innovationen fördern und unterstützen deshalb neue Finanzierungsmodelle wie Peer2Peer-Lending, Crowd-Investing oder Crowd-Sourcing. Wir werden aber auch sicherstellen, dass sich hier keine neuen Schattenbanken herausbilden und für eine angemessene Regulierung sorgen.

Die Austausch-Plattformen der Share Economy im Netz sind allerdings sehr vielfältig. Einige Plattformen sind vorrangig am Gemeinwohl orientiert, andere sind stärker gewerbsmäßig organisiert. Alle Formen haben ihre Berechtigung, weil sie den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen erleichtern und verbilligen können. Gerade kommerzielle Anbieter bringen oft frischen Wind in verkrustete Branchen und bieten für die Verbraucherinnen und Verbraucher attraktive Neuerungen. Sie bieten die Chance, veraltete Regulierungen in Frage zu stellen und an die digitale Welt anzupassen. Bei öffentlicher Förderung muss sichergestellt werden, dass private, möglicherweise auch kommerzielle Anstrengungen und Ideen nicht verdrängt werden oder Marktzutrittsschranken entstehen. Doch auch in der Share Economy sind fairer Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen wichtig. Nicht überall dort, wo mit Sharing geworben wird, geht es um das Teilen von Dingen und Dienstleistungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kein Akteur faire Regelungen umgehen kann.

Regulierung neu denken

Eine funktionierende öffentliche Verwaltung ist für das Gemeinwohl unverzichtbar. Außerdem kann Regulierung ein Innovationstreiber sein, wenn damit ökologischere Produktions- und Konsummuster durchgesetzt werden. Doch immer dort, wo Bürokratie ausufert und überreguliert, beeinträchtigt dies das Potential der Märkte, verhindert Innovation, blockiert unternehmerische Initiative und erschwert die Überprüfung der Vorgaben. Häufig entstehen nach jahrelangem Hin und Her zwischen Gesetzgeber, Regulierungsbehörden und Lobbyorganisationen komplexe und hochbürokratische Vorschriften, deren Durchsetzung nur mit hohem personellem Aufwand möglich ist. Das Nachsehen haben in der Regel kleine und mittlere Unternehmen. Wir wollen sie des-

halb entlasten. Dazu gehört für uns auch, die steuerlichen Rahmenbedingungen durch die Anhebung der Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro zu verbessern.

Wir wollen die bestehende Regulierungsbürokratie aber auch generell reformieren, das Notwendige effizient und schlank regeln, statt für jedes Detail Ausnahmen einzuführen. Dabei geht es nicht um Deregulierung im Sinne von laxeren Regeln für die Unternehmen. Im Gegenteil: mit einfacheren und gleichzeitig aber klareren Regeln wird Regulierung erst effektiv. Wir erteilen deshalb auch den Vorschlägen der EU-Kommission zur „besseren Rechtsetzung“ eine klare Absage. Statt Regulierungen zu vereinfachen, will die EU-Kommission durch die Hintertür den Einfluss der Industrie auf Gesetzgebungsprozesse stärken. Da wichtige Rahmenbedingung für ein erfolgreiches grünes Wirtschaften jedoch auf europäischer Ebene entschieden werden, soll Nachhaltigkeit viel stärker als bisher zur Richtschnur für die Regulierung innerhalb der Europäischen Union werden, so dass wichtige Weichen im Wettbewerb um die besten Ideen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft richtig gestellt werden.

Zum Bürokratieabbau gehört für uns auch, dass die Chancen der Digitalisierung mit modernem E-Government genutzt werden. So kann die Anzahl der Schnittstellen und Behörden, mit denen Unternehmen regelmäßig zu tun haben, deutlich reduziert werden. Das entlastet nicht nur die Wirtschaft, sondern schafft auch freie Kapazitäten für andere staatliche Aufgaben. Besonders schwierig ist eine faire Regulierung dort, wo der Staat noch immer an ehemaligen Staatsmonopolen beteiligt ist. Wir wollen, dass sich der Bund von seinen Post-Anteilen trennt und als neutraler Regulierer dafür sorgt, dass auch Wettbewerber staatlich finanzierte Infrastruktur wie Briefkästen oder Verteilstrukturen nutzen können. Davon profitieren alle Kundinnen und Kunden.

3. Grünes Wirtschaften ist sozial

Unsere Wirtschaft lebt von Voraussetzungen, die sie weder selbst garantieren noch von alleine hervorbringen kann. Wir wollen eine Marktwirtschaft, die dem Gemeinwohl dient und in der es sozial gerecht zugeht. Dazu gehören für uns faire und gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen, gute Arbeitsbedingungen und ein Sozialstaat, der Armut bekämpft und ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist heute für Frauen noch keine Selbstverständlichkeit, wenn 50 Prozent der erwerbstätigen Frauen nicht in der Lage sind, sich und ein Kind finanziell zu versorgen. Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem, das gleiche Lebens- und Aufstiegschancen für alle fördert und Migrant*innen und Flüchtlinge Teilhabe ermöglicht. Diese Voraussetzungen sind entscheidend für den sozialen Zusammenhalt unseres Landes, für seinen wirtschaftlichen Erfolg und damit für unsere Lebensqualität. Eine Gesellschaft mit vielen sozial Abgehängten wird nicht den Mut für die großen Veränderungen aufbringen, die notwendig sind, um dem Klimawandel und der Umweltzerstörung zu begegnen. Marktwirtschaft funktioniert auf Dauer nur dann erfolgreich, wenn sich Einkommen und Vermögen nicht immer weiter konzentrieren und die Teilhabe nicht von der sozialen Herkunft abhängt.

Arbeitswelt der Zukunft gerecht gestalten

Ob Industrie 4.0 oder Dienstleistungsgesellschaft: das Ziel, gute Arbeit für alle zu erreichen, ist zeitlos. Zu guter Arbeit gehören faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, eine zuverlässige soziale Absicherung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um gleiche Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt auch real durchzusetzen, brauchen wir eine starke Quotenregelung, die Aufsichtsräte und Vorstände vielfältiger und kompetenter macht und für mehr Durchlässigkeit beim beruflichen Aufstieg für Frauen sorgt. Ebenso wollen wir den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ durchsetzen, damit Frauen nicht weiter auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden.

Neben staatlichen Regeln sorgt eine starke Sozialpartnerschaft für gute Arbeit und macht sie zu einem echten Standortvorteil. Doch immer mehr Betriebe flüchten aus der Mitbestimmung, beispielsweise indem sie europäische Holdings gründen, ihre Firmensitze ins Ausland verlagern oder die Wahlen und die Arbeit von Betriebsräten behindern. Dagegen wollen wir – insbesondere im derzeitigen Wandel der Arbeitswelt – entschieden vorgehen und unsere Wirtschaftsdemokratie stärken, um beispielsweise prekäre Arbeitsbedingungen, unter denen oftmals Frauen leiden, zu verhindern. Wir wollen die Tarifbindung stärken, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern und die sachgrundlose Befristung abschaffen.

Die Arbeitswelt wird auch durch die Digitalisierung verändert. Dies birgt Risiken, aber auch Chancen. So können Arbeitsplätze sicherer ausgestaltet werden, Menschen können von schwerer körperlicher Arbeit weitgehend entlastet werden, Arbeit kann flexibler und bedürfnisorientierter gestaltet werden, sowohl aus Sicht der Beschäftigten als auch der Unternehmen. Allerdings erleben wir derzeit auch, dass im Zuge der Digitalisierung problematische Arbeitsbedingungen entstehen. Deshalb ist uns wichtig, dass Arbeits- und Sicherheitsstandards an neue Arbeitsprozesse angepasst und nicht verwässert werden. Die Arbeitswelt von morgen braucht nicht die Arbeitslosenversicherung von gestern. Wir wollen sie zu einer Arbeitsversicherung für Arbeitslose und Erwerbstätige weiter entwickeln, die mit Qualifizierung Arbeitslosigkeit vermeidet, beim Zugang zum Arbeitsmarkt hilft und Arbeitslosigkeit flexibler und sozial besser als bisher absichert. Wenn sich Arbeit immer weiter verdichtet und dauernde Verfügbarkeit oder unbezahlte Mehrarbeit entsteht, dann müssen wir die Beschäftigten vor Burn-Out und Überforderung schützen. Ebenso benötigen Solo-Selbstständige und so genannte Clickworker soziale Absicherung und Schutz. Auch der Umgang mit arbeitnehmerbezogenen Daten gewinnt an Bedeutung. Deshalb brauchen wir einen Beschäftigtendatenschutz, der das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wahrt.

Gute öffentliche Institutionen und soziale Dienstleistungen stärken

Gute öffentliche Institutionen sind für uns das Fundament erfolgreichen Wirtschaftens. Ein Bildungssystem, das unterfinanziert ist und noch viel zu oft Chancen ungleich verteilt, eine Infrastruktur, die in vielen Regionen zerfällt, Zukunftsinvestitionen, die ausbleiben: All das bedroht die Wirtschaftskraft unseres Landes und die Chancen der Menschen, Wohlstand zu schaffen und an ihm teilzuhaben. Für uns heißt gute Standortpolitik, durch Zukunftsinvestitionen unsere Lebensqualität nachhaltig zu sichern. Uns geht es um gute Bildung, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und nachhaltige Mobilität für alle. Dafür sind deutlich mehr Mittel notwendig als die Große Koalition bereitstellt. Diese Investitionen und Institutionen sind die Grundlage für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Auch zeigen Dutzende neugegründeter Stadtwerke in den letzten Jahren, wie notwendig kommunales Handeln im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Gute öffentliche Infrastrukturen sind die Voraussetzung für erfolgreiches unternehmerisches Handeln und wichtig bei Ansiedlungs- und Gründungsentscheidungen von Unternehmen. Um die kommunale Handlungsfähigkeit in diesem Feld zu stärken, wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Gründung und Re-Kommunalisierung von Stadtwerken verbessern.

Soziale Dienstleistungen sind unverzichtbare Voraussetzung für prosperierende Unternehmen und gesellschaftlichen Wohlstand. Eine gute Versorgung ist nicht nur zentral für Chancengleichheit und den Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen. Es ermöglicht zudem die berufliche Teilhabe von mehr Menschen, unabhängig von der privaten Situation. Wir wollen deshalb soziale Dienstleistungen, die vor allem von Frauen ausgeübt werden, ausbauen und besser entlohnen. Denn nur so lässt sich die Lohnschere zwischen den Geschlechtern schließen. Dafür müssen die öffentliche Hand und die sozialen Träger ausreichend ausgestattet sein.

Für Steuergerechtigkeit bei Unternehmen sorgen

Für uns ist es selbstverständlich, dass Unternehmen, die in Deutschland Gewinne erwirtschaften, hier auch entsprechende Steuern zahlen. Schließlich nutzen sie die vom Gemeinwesen finanzierte Infrastruktur – von den Straßen, über unser Rechtswesen bis hin zu unserem Bildungssystem. Allerdings haben insbesondere international tätige Konzerne Mittel und Wege gefunden, sich nicht an der Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beteiligen. Durch diese Steuervermeidung entgehen den Staaten Milliarden, die sie in die Infrastruktur und soziale Gerechtigkeit investieren könnten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden unter dieser krassen Wettbewerbsverzerrung.

Wir wollen, dass Unternehmen wie die Deutsche Bank, Ikea oder Starbucks genauso Steuern zahlen wie der Konditor und Handwerker um die Ecke. Wir fordern einen europäischen Steuerpakt, der Steuerhinterziehung unterbindet, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage sowie Mindestsätze bei der Unternehmensbesteuerung schafft. Wir wollen, dass international tätige Konzerne ihre Steuerzahlungen, Umsätze und Beschäftigten nach Ländern getrennt offenlegen. So werden die finanziellen Beiträge transparent, die diese Konzerne in den jeweiligen Ländern leisten, in denen sie aktiv sind (country-by-country-reporting). Die Große Koalition hat die Ablehnung dieser länderbezogenen Berichtspflichten sogar in den Koalitionsvertrag geschrieben. Sie zeigt damit eindrücklich, dass sie nicht die Interessen der ehrlichen Steuerzahler*innen und des Mittelstandes vertritt.

Zu großer Konzentration von Vermögen entgegenwirken

Die Konzentration von großen Vermögen auf der einen Seite und von hohen Schulden auf der anderen Seite schadet der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität. Damit sich Vermögen nicht immer weiter konzentrieren, braucht es in der Marktwirtschaft umverteilende Steuern und Abgaben wie eine angemessene Vermögensbesteuerung und ausgleichende Elemente im Sozialversicherungssystem. Dies muss in Deutschland gestärkt werden. Wir brauchen entschiedene Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit, eine höhere Stabilität und eine faire Finanzierung der öffentlichen Hand.

Die Erbschaftssteuerreform der Großen Koalition weist dafür in die falsche Richtung. Großerben bleiben verschont und aufgrund zu starker Ausnahmeregelungen für 99% der Unternehmenserben bleibt die soziale Schieflage, die durch unser Erbrecht konserviert wird, erhalten. Aufgrund der vielen Schlupflöcher droht auch diese Erbschaftssteuerreform vor dem Verfassungsgericht zu scheitern. Wir Grüne wollen eine verfassungskonforme Erbschaftssteuerreform, die das Aufkommen erhöht und Schlupflöcher schließt. Wir lehnen den aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung deshalb ab. Die konkrete Ausgestaltung unserer Steuerpolitik werden wir 2016 beschließen.

Chancen eröffnen, Fachkräftemangel beheben

Vielen Unternehmen fällt es zunehmend schwer, geeignete Fachkräfte zu finden. Dabei sind die Potentiale vorhanden, sie werden nur nicht ausgeschöpft. Das liegt auch an der Politik der Bundesregierung, die mit der Rente ab 63 und auch mit dem Betreuungsgeld statt Kita-Ausbau falsche Rahmenbedingungen geschaffen hat. Wir wollen Aus- und Weiterbildung stärken. Wir brauchen eine echte Ausbildungsgarantie, damit alle Jugendlichen durch mehr gezielte Unterstützung eine Ausbildung im Dualen System finden. Auch die Bundesagentur für Arbeit sollte nicht nur auf Vermittlung ausgerichtet sein, sondern einen weiteren Schwerpunkt auf Weiterbildung sowie auf den beruflichen Wiedereinstieg für Frauen nach der Familienpause setzen und auch die Qualifizierung von Beschäftigten mit geringer formaler Bildung unterstützen. Auch wollen wir ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Nicht zuletzt müssen wir Flüchtlinge schnell und besser als in der Vergangenheit integrieren. Sie sind auch mit Blick auf den Arbeitsmarkt eine große Chance für unser Land.

Unternehmerinnen, Gewerkschafter oder Ökonomen sind sich einig: mit Blick auf die demografische Entwicklung und den Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen plädieren sie für Zuwanderung. Auch deshalb wollen wir ein vernünftiges Einwanderungsgesetz für Deutschland. Wir empfehlen, das bisherige Modell der Arbeitskräfteeinwanderung durch ein Kriterien-gesteuertes System zu ergänzen. Sofern sie die Einwanderungskriterien erfüllen, sollen insbesondere Studierende, Auszubildende, Asylbewerber*innen und Geduldete ihren aufenthaltsrechtlichen Status unkompliziert wechseln können. Wir setzen uns auch für bessere Integration der vielen Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in die Wirtschaft ein. Vielfach bedarf es dazu einer gezielten Beratung oder Unterstützung in der Kommunikation mit Behörden. Außerdem wollen wir ihren Zugang zum Kreditmarkt und zu Wirtschaftsverbänden und -gremien verbessern. Die vielfach noch starken Beziehungen dieser Menschen ins Ausland sind eine Chance für beiderseitig vorteilhafte Wirtschaftskooperationen und Handelsbeziehungen. Gerade Jugendliche und Frauen mit Migrationshintergrund bilden ein Fachkräftpotezial, das die deutsche Wirtschaft erschließen sollte. Wir wollen sie bei der Ausbildungssuche unterstützen und setzen uns dafür ein, die teilweise noch bestehende Diskriminierung von Migrant*innen und von Deutschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt zu überwinden.

Solidarische Ökonomie stärken

Fair Trade boomt genauso wie Erneuerbare Energien- Genossenschaften. Die Finanzkrise hat die Schwachstellen einer rein auf Profit basierenden Wirtschaft offenbart. Wir wollen die Säule der solidarischen Ökonomie weiter stärken, denn für sie stehen soziale und ökologische Ziele im Vordergrund. Gewinne sind für sie Mittel zu gemeinwohlorientierten Zwecken.

Gerade im ländlichen Raum und in benachteiligten urbanen Gebieten, haben konventionelle Unternehmen weniger Interesse sich anzusiedeln. Oftmals fehlt es auch deshalb an wohnortnahen, familienfreundlichen Arbeitsplätzen und einem flexiblen Angebot an Kinderbetreuung. Viele Männer aber vor allem Frauen haben hier aus der Not eine Tugend gemacht und Sozialunternehmen gegründet und somit zur lokalen Produktion, Beschäftigung, Infrastruktur und damit zu funktionierenden regionalen Wirtschaftskreisläufen beigetragen. Viele Entrepreneur*innen in diesem Bereich verstehen sich als Pioniere. Wir wollen sie unterstützen, indem wir die öffentliche Beschaffung konsequent neben ökonomischen Gesichtspunkten, an ökologischen und sozialen – und damit auch gleichstellungspolitischen – Kriterien ausrichten. Dem Solidarischen Sektor der Wirtschaft wollen wir Stolpersteine aus dem Weg räumen: Bei der Finanzierung, mit einer geeigneten Rechtsform und beim Zugang zu Förderprogrammen. Wir wollen die Gemeinwohl-Berichterstattung befördern und deshalb wollen wir erreichen, dass Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, hier mit gutem Vorbild voran gehen.

Genossenschaftliches Wirtschaften aufwerten

Gründung von Genossenschaften erachten wir als einen zentralen Baustein eines dezentralen Wirtschaftens. Genossenschaftliches Handeln verbindet das Eigenengagement mit Gemeinwohlorientierung und ist ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten Ökonomie. Ökologische, innerdemokratische und soziale Aspekte des Wirtschaftens können dadurch stärker in den Vordergrund gestellt werden. Auch Innovationen abseits der Marktlogik können so entstehen. Um eine Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft möglichst entbürokratisieren und von überkommenen Verfahrensvorschriften befreien und prüfen, wie Gründungshemmnisse so abgebaut werden können, dass sie problemlos mit anderen Rechtsformen konkurrieren können.

4. Grünes Wirtschaften ist fair

Wir wollen eine Wirtschaft, in der fairer Wettbewerb herrscht. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Staat, der Marktversagen verhindert oder korrigiert. Gute Regulierungspolitik ist ein positiver Standortfaktor und kann neue Innovationen fördern. Sie lässt echten Wettbewerb zu und schafft damit neue Angebote, wie die Öffnung des Fernbusmarktes gezeigt hat, auf dem rasend schnell neue Geschäftsmodelle entstehen, die für etablierte Marktteilnehmer wie die Deutsche Bahn zu echter Konkurrenz heranwachsen können. Sie stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit. In anderen Bereichen sind dagegen härtere Regulierungen längst überfällig. Auf Märkten ohne Regeln setzt sich oft der Mächtigste, nicht der Beste durch. Wenn ein Anruf im Kanzleramt genügt, um Klimaschutz-Ziele oder härtere Regeln für Banken zu Fall zu bringen, läuft fairer Wettbewerb ins Leere. Wenn Gesetze nicht mehr zum Allgemeinwohl, sondern nur zum Wohle bestimmter Interessengruppen gemacht werden, dann schadet das sowohl der Demokratie als auch der Wirtschaft. Wir wollen keine Macht-Wirtschaft, sondern eine Marktwirtschaft mit gleichen Regeln für alle.

In einer globalisierten Wirtschaft müssen alle Länder eine faire Chance auf Entwicklung erhalten und es liegt auch in der Verantwortung Deutschlands dies zu ermöglichen. Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen zu Hungerlöhnen ihr Leben in Minen riskieren, während wenige Konzerne, die zum Teil einen höheren Umsatz als die betroffenen Länder haben, hohe Gewinne einfahren. Genauso wenig wollen wir hinnehmen, dass Textilarbeiter*innen unter menschenunwürdigen Bedingungen in einsturzgefährdeten Gebäuden schufteten müssen.

Gerechte Chancen für Entwicklungs- und Schwellenländer schaffen

Nur eine gerechte Globalisierung wird in Ländern wie China und Indien, aber auch zunehmend in Afrika, weiterhin in breiten Bevölkerungsschichten zur Bekämpfung extremer Armut beitragen. Sie beschleunigt Innovation und sorgt nicht zuletzt für einen Zuwachs an politischem und kulturellem Austausch. Die Schattenseite ist, dass unsere Art zu leben und zu produzieren zur Ausbeutung und Konflikten beiträgt. Das gilt für Agrarsubventionen in der Europäischen Union, die zum Ruin bäuerlicher Landwirtschaft in Entwicklungsländern beitragen, ebenso wie bei der Fischereipolitik, die viele Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Wir stehen für eine internationale Wirtschaftsordnung, die im Einklang steht mit den Menschenrechten, mit sozialen Standards, mit Umwelt- und Klimaschutz und die dazu beiträgt, die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN zu erreichen. Dafür reichen Selbstverpflichtungen der international agierenden Unternehmen, wie das wirkungslose Textilbündnis von Minister Müller, nicht aus. Es braucht gesetzlich verbindliche Transparenz- und Offenlegungspflichten für die gesamte Lieferkette. Wir wollen, dass für Lieferketten auch gesetzlich verbindliche Umwelt- und Sozialstandards gelten. Damit Fairtrade-Produkte aus der Nische kommen, fordern wir mehr Transparenz und eine bessere Kennzeichnung. Außerdem wollen wir, dass die öffentliche Hand bei der öffentlichen Beschaffung konsequent mit gutem Beispiel vorangeht.

Rohstoffe müssen unter fairen Bedingungen abgebaut und gehandelt werden. Hierzu braucht es gesetzliche Rahmenbedingungen und nicht nur freiwillige Initiativen. Schwerste Menschenrechtverletzungen zu Lasten der lokalen Bevölkerung, die zudem unter Konflikten leidet, die mit Rohstoffeinnahmen finanziert werden, muss ein Ende gesetzt werden. So kann rohstoffreichen Ländern eine faire Chance auf Entwicklung gegeben werden. Leider blockieren die Bundesregierung und andere EU-Mitgliedsstaaten bei Transparenzregeln für Konfliktmineralien und den maßgeblich von uns Grünen betriebenen Beschluss im EU-Parlament für gerechte Standards der Globalisierung. Außerdem setzen wir auf die strategische Stärkung einer grünen Energieaußenpolitik, mit einer Neuausrichtung der Exportkreditgarantien (Hermes-Bürgschaften) und der Investitionsgarantien nach ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Kriterien.

Fairen Welthandel ermöglichen

Mit fairem Handel können wir die Globalisierung ökologisch und sozial gerecht gestalten. Dafür müssen die Handelsbeziehungen Europas neu ausgerichtet werden, so dass sie die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unterstützen. Die EU-Kommission darf nicht länger Druck auf Entwicklungsländer ausüben ihre Märkte weiter zu öffnen. Deshalb lehnen wir die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik ab und fordern einen multilateralen Ansatz, der auf die selbstbestimmte Entwicklung in den Ländern des Südens abzielt.

Wir werden keinem Handelsabkommen zustimmen, das zu einer Absenkung rechtlicher Standards sowie Umwelt-, Verbraucherschutz-, Datenschutz-, oder Sozialstandards führen könnte. Einen Vertrag, der das Vorsorgeprinzip auch nur indirekt in Frage stellt, lehnen wir ebenso ab wie einen Vertrag, der die Handlungsfähigkeit der Kommunen und gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen durch Investor-Staat-Schiedsverfahren, regulatorische Kooperation oder Liberalisierungsklauseln einschränken könnte. Die Bundesregierung hat versprochen, Nachverhandlungen bei CETA durchzusetzen. Es besteht die Gefahr, dass sie sich dabei auf kleine Änderungen beschränken will. Das ist völlig unzureichend. Den vorgelegten Vertragstext für CETA lehnen wir ab.

Der massive Protest gegen TTIP, CETA und TISA auf beiden Seiten des Atlantiks muss von der EU-Kommission und den Verhandlungspartnern ernst genommen werden. Sie müssen die Verhandlungen stoppen und die EU-Handelsabkommen nach diesen Maßstäben und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft neu starten. Die vom Rat beschlossenen Mandate für TTIP und TISA und CETA, sowie der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung, deshalb lehnen wir diese Verhandlungsergebnisse ab. Wir brauchen eine andere Handelspolitik der EU. Wir wollen Handelsabkommen die transparent verhandelt und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind und die die etablierten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen nicht in Frage stellen. Handelsabkommen müssen den genannten Maßstäben folgen, dann können sie hilfreich sein. Auch bisherige Abkommen der EU und Deutschlands, sowie weitere derzeit von der EU verhandelte Abkommen sollen diesen Kriterien genügen und entsprechend überprüft werden.

Wir fordern eine Positivagenda zur Neubelebung der multilateralen Handelsprozesse, bei der aus dem Scheitern früherer Versuche im Rahmen der WTO entsprechende Schlüsse gezogen werden. Ungleichgewichte auf Kosten von Entwicklungsländern und das Fehlen ökologischer und sozialer Kriterien müssen dabei korrigiert werden. Wir wollen darüber hinaus einen ständigen, multilateralen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen.

Wettbewerbspolitik neu gestalten

Die Wettbewerbspolitik steht vor neuen Herausforderungen. Wie nötig das Wettbewerbsrecht ein Update hat, zeigen besonders die Anforderungen der Digitalisierung. Die sogenannten „Digital Big 5“ Apple, Amazon, Facebook, Google und Microsoft haben eine erhebliche Marktmacht entwickelt. Zur effektiven Regulierung braucht es härtere Fusionskontrollen, damit Konzerne nicht immer wieder Konkurrenten schlucken und so neue Märkte zum Nachteil der Verbraucherinnen und Verbraucher dominieren können. Im Bereich der Handelsplattformen wollen wir den Zugang von alternativen Anbietern sichern. Um Wettbewerb im Netz zu fördern, wollen wir allgemein den Zugang zu öffentlichen Daten erleichtern und verstärkt OpenData-Projekte ermöglichen. Dabei ist aber zwingend der Schutz der persönlichen Daten vor wirtschaftlicher Verwertung durch Dritte sicher zu stellen. Die Bewahrung der Netzneutralität ist eine zentrale Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb in der Digitalwirtschaft.

Im klassischen Wettbewerbsrecht sehen wir für kartellrechtliche Entscheidungen Reformbedarf bei der Bewertung einer marktbeherrschenden Stellung eines Unternehmens, bei den Schwellenwerten zur Genehmigung von Fusionen und der Einbeziehung so genannter „fremder“ Bewerber.

tungskriterien wie z.B. Datenkonzentration. Als Ultima Ratio sollte im Kartellrecht eine missbrauchsunabhängige Entflechtungsmöglichkeit vorgesehen werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Der VW Skandal zeigt einmal mehr, dass wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken müssen. Dafür wollen wir Gruppenklagen ermöglichen, so dass Geschädigte ihr gutes Recht vor Gericht schneller und einfacher durchsetzen können; auch die Möglichkeit zur Schlichtung soll deshalb gestärkt werden. Darüber hinaus müssen wir den Zugang zu unabhängiger Beratung und Informationen verbessern. Deshalb wollen wir Unternehmen verpflichten, Informationen über ökologische, gesundheitliche und soziale Auswirkungen oder auch Lieferketten transparenter zu machen und übersichtlich darzustellen. Und wir setzen uns für bessere Gewährleistungsrechte ein und wollen, dass die Beweislast für einen Mangel nicht nur in den ersten Monaten beim Verkäufer liegt.

Im Internet brauchen wir verschiedene Ansätze um Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Der digitale Marktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen wurde eingeführt, um Missstände aufzudecken. Er muss gestärkt werden; auch damit sich provisions- und interessen geleitete Vergleichsportale nicht den Anschein von Neutralität geben können. Auch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen müssen verständlicher werden. Dafür müssen wir klären, ob eine gesetzlich vorgeschriebene Prüfung für AGBs eingeführt werden kann. Und wir wollen die Nutzungsbedingungen für digitale Güter wie E-Books so ändern, dass auch Weiterverkauf und Verleih möglich sind.

Bei Finanzentscheidungen stehen die Verbraucherinnen und Verbraucher häufig vor extrem komplexen und sehr langfristigen Entscheidungen. Der nun eingeführte Finanzmarktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen soll den Markt für die sie beobachten und Beschwerden nachgehen. Dafür muss er ein Beschwerde- und Anhörungsrecht gegenüber der Finanzaufsicht bekommen. Sollte sich trotz der Neuaufstellung bei der BaFin der Verbraucherschutz in der Finanzaufsicht nicht deutlich verbessern, wollen wir den finanziellen Verbraucherschutz in eine eigenständige Behörde ausgliedern. Außerdem wollen wir die unabhängige Finanzberatung, die frei ist von Provisionsinteressen, stärken. Für die provisionsorientierte Beratung muss es klare Rahmenbedingungen inklusive Offenlegungspflichten und Obergrenzen geben. Außerdem ist eine effektive Bekämpfung von Geldwäsche wichtig.

Eine bessere Überprüfung durch die öffentliche Hand ermöglichen

Zinsmanipulation bei der Deutschen Bank, Bestechungen bei der FIFA, Abgasbetrug bei VW: Die großen Skandale wurden nicht von deutschen Behörden aufgedeckt, sondern in den USA. Wir fordern eine konsequente und engmaschige Überprüfung bestehender Vorgaben. Das ist eine wichtige Voraussetzung für fairen Wettbewerb und funktionierende Märkte. Dazu braucht es die entsprechenden finanziellen Ressourcen, gut geschultes Personal und auch die politische Rückendeckung für die Steuer-, Kartell- und Lebensmittelbehörden, Kraftfahrzeugbundesamt und Finanzaufsicht, um den Staat wieder unabhängiger von der Einflussnahme großer Unternehmen zu machen. Dazu muss sich der Staat auf unabhängige Wissenschaft stützen können. Deshalb brauchen wir eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen und eine transparente Forschungsfinanzierung zur Wahrung der Wissenschaftsfreiheit.

Klare und einfache Regeln bieten für die Kontrolle eine erhebliche Vereinfachung und größere Chancen, Betrug und große Unternehmensskandale frühzeitig zu ermitteln. Wenn Unternehmen absichtlich gegen Gesetze verstoßen, sollen in Zukunft die Sanktionen verschärft werden, so dass sie eine abschreckende Wirkung erzielen. Außerdem ist es sinnvoll, zivilgesellschaftliche Organisationen dabei zu unterstützen notwendiges Expertenwissen aufzubauen – als Unterstützung sowohl in der Gesetzgebung wie in der späteren Kontrolle der Regeleinhaltung. Ein Beispiel ist

die von den Europäischen Grünen initiierte und von der EU-Kommission finanzierte Finance-Watch Organisation, die regelmäßig fundierte Stellungnahmen zu Finanzmarktregulierung erarbeitet.

Gute Wettbewerbsregeln für den europäischen Binnenmarkt schaffen

Wettbewerbspolitik wird zunehmend europäisch. Deshalb werden neue Instrumente und Institutionen benötigt. Dazu gehört für uns ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit der Kompetenz, Konzernstrukturen bei zu großer wirtschaftlicher und damit politischer Macht zu entflechten. Zu einer guten europäischen Wettbewerbspolitik gehört es das Beihilfe-Unwesen stärker anzugehen.

Langfristig wollen wir auch im Energiebereich einen europäischen Binnenmarkt schaffen, um die überregionale Vernetzung Erneuerbarer Energien stärken. Dazu müssen wir die internationalen Kuppelstellen ausbauen, Erneuerbaren Energien beim Netzzugang Vorrang gewähren und eine gerechte Lastenverteilung beim Netzausbau schaffen. In der IT-Branche untergraben nationalstaatliche Regelungen die Möglichkeiten eines großen Marktes und hemmen die Entwicklung eines europäischen Digitalsektors. Wir brauchen auch im digitalen Bereich einen einheitlichen Binnenmarkt, um die Potenziale der Digitalisierung zu heben und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu fördern.

Lobbyismus transparent machen und Grenzen setzen

Damit Wettbewerb funktioniert, braucht es gute Marktregeln für alle Unternehmen. Das klingt selbstverständlich, ist es in der Praxis aber nicht. Denn viele Unternehmen sorgen mit ihrer Lobbyarbeit für profitable Schlupflöcher. Wir wollen, dass der Staat ein unabhängiger Makler ist, der das große Ganze im Blick hat und nicht das Wohl einzelner Interessengruppen. Wir schlagen die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Registers für Interessenvertreterinnen und -vertreter vor. In diesem Lobbyist*innen-Register wird die Tätigkeit von im Bereich von Bundesregierung und Deutschem Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten erfasst. Daneben sollen Regierungsmitglieder ihre Kontakte zu Lobbyistinnen und Lobbyisten offen legen. Gesetzgebungsverfahren sollen so gestaltet werden, dass im Nachhinein feststellbar ist, wer von außerhalb des Parlaments oder der Ministerien wann welchen Einfluss genommen hat (legislativer Fußabdruck).

Abgeordnete sind frei und nur ihrem Gewissen verpflichtet. Dieses Privileg muss mit mehr Pflichten zur Transparenz verbunden werden. Deswegen sind alle Nebeneinkünfte detailliert offenzulegen. Wir wollen Spenden an Parteien auf natürliche Personen mit einer jährlichen Obergrenze pro Person beschränken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden bis zu einer entsprechenden Änderung das geltende Recht an. Bei Spenden an Parteien brauchen wir mehr Transparenz, damit Bürgerinnen und Bürger erkennen können, ob eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen erfolgt. Dazu müssen die Veröffentlichungsgrenzen für Zuwendungen deutlich herabgesetzt werden und auch für das Sponsoring gelten.

Mittelstand und Handwerk in der Region stärken

Mittelstand und Handwerk sind eine wichtige Basis für Wohlstand und Lebensqualität hierzulande. Sie stehen jedoch unter starkem Wettbewerbsdruck durch Unternehmen, die international tätig sind und somit Markt- und Steuerregeln teilweise umgehen können, wie wir es in der Lebensmittelbranche gerade erleben. Unsere Vorschläge für bessere Regulierung und für eine moderne Infrastruktur, helfen besonders den kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir wollen die regionale Vermarktung und Wirtschaftskreisläufe stärken. Wir brauchen dafür eine gut verzahnte Förderung und ein Bundesprogramm für die Regionalvermarktung. Ein klares und verlässliches Siegel ist wichtig, damit Konsumenten eine bewusste Entscheidung für Pro-

dukte aus der Region treffen können. Auf europäischer Ebene setzen wir uns deshalb für verbindliche Kriterien für die Bezeichnung „regional“ ein. Damit öffentliche Einrichtungen besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können, wollen wir Regionalität und die Möglichkeit, kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken.

5. Grünes Wirtschaften ist krisenfester

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik braucht eine gesamtwirtschaftliche Strategie und einen stabilen Rahmen für unser Ziel einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Das betrifft sowohl die Fiskal- und Geldpolitik wie auch die Lohnentwicklung und Leistungsbilanzen in Deutschland und Europa. Denn die Finanzkrise hat uns gezeigt wie labil unser Wirtschaftssystem ist. Aufgeblähte Finanzmärkte stürzten damals die Weltwirtschaft fast in den Abgrund. Die Folgen – sei es die gestiegene Arbeitslosigkeit in vielen Ländern, sei es höhere Schulden – tragen wir noch heute.

Finanzmärkte besser regulieren

Die Turbulenzen an den Börsen zeigen, dass die Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte längst nicht überwunden ist. Die Finanzmärkte sind immer noch aufgebläht. Immer noch erhalten die großen Banken in Europa an die 200 Milliarden „too big to fail“-Subventionen pro Jahr. Mit dem Green New Deal haben wir eine umfassende Reaktion auf die Finanzmarktkrise vorgeschlagen. Wir wollen die Finanzmärkte an die grüne Leine legen und das anlagesuchende Kapital in nachhaltige Investitionen lenken. Wir wollen auch im Bankensektor eine neue Form von Regulierung. Statt hochkomplexer und gestaltungsanfälliger Einzelregelungen setzen wir uns für eine strenge und verbindliche Eigenkapitalquote für Banken, eine Schuldenbremse (Leverage Ratio) für Banken, ein. Alle Bankgeschäfte sollen gleich reguliert werden, auch wenn sie nicht von einer offiziellen Bank betrieben werden. Außerdem wollen wir eine Finanzberatung, die grundsätzlich unabhängig von der Provisionshöhe erfolgt.

Bei kleinen, regional agierenden Kreditinstituten setzen wir uns für vereinfachte und separate Regulierungsbestimmungen ein. Die für Großbanken sinnvolle Regulierung gefährdet aufgrund der Komplexität kleine, regionale Banken in ihrem Bestand, mit gravierenden Folgen für mittelständische Unternehmen und Privatkunden. Quantitative Erleichterungen, insbesondere bei der Eigenkapitalquote, darf es allerdings nicht geben. Erleichterte Anforderungen in den Meldepflichten, in den Anforderungen an das Risikomanagement oder an die Geschäftsorganisation sollen nur in Anspruch genommen werden dürfen, wenn das Geschäftsmodell der betreffenden Banken im Kern auf klassischem Einlage- und Kreditgeschäft aufbaut und keine unkalkulierbare Risiken eingegangen werden.

Langfristige Unternehmensstrategien fördern

Die Finanzkrise hat auch sehr deutlich vor Augen geführt, welche Probleme eine Unternehmensführung mit kurzfristiger Gewinnoptimierung für die Marktwirtschaft als Ganzes haben kann. Deshalb wollen wir Anreize schaffen, die langfristige Geschäftserfolge stärker honorieren. Dazu gehört eine Finanztransaktionssteuer, die schnelles Drehen von Aktien weniger attraktiv macht. Wichtig ist eine Reform der Entlohnung von Managerinnen und Managern, damit Anreizsysteme so gestaltet werden, dass der größte Teil der variablen Vergütung langfristige Erfolge belohnt. Zudem wollen wir die Abzugsfähigkeit von Gehältern und Boni als Betriebsausgaben auf 500.000 Euro beschränken, damit solche Einkommen nicht weiter subventioniert werden. Auch Reformen im Aktienrecht, um Anleger zu privilegieren, die ihre Aktien länger halten, wollen wir überprüfen.

Eine echte Wirtschafts- und Währungsunion in Europa schaffen

Die Griechenland-Krise ist ein deutlicher Weckruf, dass die Europäische Union weitergehende Reformen braucht. Nur durch die mutige Vertiefung der europäischen Integration lässt sich unsere gemeinsame Währung nachhaltig stabilisieren. Eine institutionelle Spaltung der EU in Eurozone und den Rest halten wir nicht für richtig. Im gemeinsamen Binnenmarkt sind schon heute alle EU-Mitgliedstaaten wirtschaftlich so eng miteinander verwoben, dass eine Entscheidung einzelner Staaten unmittelbare Auswirkungen auf andere hat. Der Euro ist die Währung der gesamten EU. Mit nur zwei Ausnahmen haben sich alle EU-Staaten verpflichtet, den Euro einzuführen. Schon aus demokratischen Gründen muss deshalb Einfluss und Teilnahme aller EU-Staaten an einer immer engeren wirtschaftspolitischen Steuerung gewährleistet sein.

Unser Ziel bleibt, eine echte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) aller 28 EU-Mitgliedstaaten zu schaffen. Gleichzeitig erfordert die gemeinsame Währung schon heute eine tiefere Zusammenarbeit zwischen den Euroländern. Gemeinsame Institutionen und Verfahren wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt oder der neuen EU-Investitionsfonds der Europäischen Investitionsbank zeigen jedoch, dass hierfür gemeinsame Verfahren und Instrumente nicht verlassen werden müssen. Die Europäische Zentralbank darf mit der Stabilisierung des Euro und der Bekämpfung von Deflationsgefahren nicht alleine gelassen werden und die demokratisch schlecht kontrollierte Eurogruppe der Finanzminister muss dringend reformiert werden. Dafür braucht es die Stärkung des Europaparlaments und der nationalen Parlamente sowie die Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode und eine EU-Kommissarin oder einen EU-Kommissar für die WWU; er oder sie soll der Eurogruppe vorsitzen und mit allen WWU-relevanten Kompetenzen ausgestattet sein, parlamentarisch stark kontrolliert und individuell vom EP wählbar und abwählbar sein. Die Griechenlandkrise hat gezeigt, dass sich Gerüchte über den Euroaustritt eines Landes leicht zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung auswachsen, weil damit eine zerstörerische Kapitalflucht einsetzt. Wir GRÜNE bekennen uns daher klar zum Zusammenhalt und zum Verbleib Griechenlands in der Eurozone.

Wir fordern die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds mit europäischen Finanzmitteln, um die Eurozone vor neuen Krisen an den Finanzmärkten besser zu schützen. Wir wollen die Stärkung des Europäischen Semesters, verbindliche soziale und ökologische Ziele im Rahmen der Koordinierung der Wirtschaftspolitik und mehr europäische Zukunftsinvestitionen. Dazu braucht es neben dem neuen EU-Investitionsfonds einen Zukunftsfonds für öffentliche Investitionen im EU-Haushalt. Die hohe Last der Schulden mehrerer EU-Staaten wollen wir durch einen Schuldentilgungsfonds mildern, der gleichzeitig Anreize für nachhaltige Wirtschaftsreformen in den EU-Staaten setzt. Darüber hinaus muss die haushaltspolitische und makroökonomische Überwachung gestärkt werden und die EU-Haushaltsdefizitregeln müssen konsequenter angewendet werden und investitionsfreundlicher werden. Der Schuldentilgungsfonds eignet sich ideal als automatisch wirkendes Stabilisierungsinstrument, wenn der Schuldendienst nicht an einen fixen jährlichen Betrag geknüpft wird. In Zeiten boomender Konjunktur würden daher die Schulden besonders schnell getilgt werden und in Zeiten von Rezession würde die Tilgung zeitlich gestreckt. Die Bankenunion wollen wir soweit vollenden, dass der Nexus zwischen Staaten- und Banken Krisen effektiv unterbrochen wird. Eine echte WWU wird es nur mit mehr Solidarität innerhalb der EU geben. Dafür braucht es gemeinsame sozial- und finanzpolitische Instrumente und automatisch wirkende Stabilisierungsinstrumente, wie eine europäische Einlagensicherung oder eine Basis-Arbeitslosenversicherung.

Ungleichgewichte abbauen – Nachfrage stärken

Die Weltwirtschaft ist in den letzten Jahren immer mehr aus dem Gleichgewicht geraten. Die Nachfrage ist weltweit auf ein niedriges Niveau gesunken. Auch Deutschland hat bei der Lohnentwicklung und den öffentlichen Investitionen erhebliche Defizite. Die Folge ist ein enormer Leistungsbilanzüberschuss von inzwischen 200 Milliarden Euro jährlich. Er trägt maßgeblich dazu bei, Kre-

ditblasen in anderen Ländern zu befeuern. Reallöhne, die zumindest der Produktivität entsprechend steigen, sind deshalb nicht nur wichtig für die gerechtere Verteilung von Einkommen. Sie sind auch eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltig stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Deshalb wollen wir in Europa einen symmetrischen Umgang mit Verstößen bei Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten.

Wir wollen, dass Staat und Privatwirtschaft wieder mehr investieren, insbesondere in langfristige Projekte im Bereich der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft. Es ist uns wichtig, dass auch die Primärverteilung gerechter wird. Das ist der beste Weg, damit die Menschen fair und direkt am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben, ohne dass der Staat dies erst durch Umverteilung leisten muss. Das geht nur mit einem Bündel von Maßnahmen: von besserem Schutz von Verbraucher*innen und Mieter*innen über eine Stärkung des Tarifsystems bis hin zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen (Equal pay). Mit diesen Maßnahmen wollen wir die deutsche Leistungsbilanz wieder ausgleichen und das Entstehen neuer Kreditblasen verhindern.